

Der Kulturkampf ist eröffnet

Die Bundestagswahl geht weit über eine Auseinandersetzung zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb hinaus

CDU und FDP sind auf dem Weg in eine andere Republik. Beide setzen auf das Recht der Stärkeren und die Zerschlagung wichtiger Staatsaufgaben, die Liberalen aus einer verqueren ökonomischen Logik heraus, die Konservativen in Verfolgung vormoderner, realitätsferner Weltbilder.

VON MICHAEL MÜLLER



Der Autor (dpa)

Mit der Nominierung von Paul Kirchhof hat sich Angela Merkel für eine andere Republik entschieden. Sie unterstützt ausdrücklich die "Visionen" des ehemaligen Verfassungsrichters, deren Kern die "Befreiung" des Staates aus der sozialen und politischen Verantwortung ist. Schiebt man die rhetorischen Schichten des Wahlkampfes beiseite, kommt ein prinzipieller Systemwechsel zum Vorschein. Dieser Abschied von der sozialen Marktwirtschaft ist auch eine Wende gegen die eigene Partei, in der die katholische Soziallehre in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt.

Schwarz-Gelb wäre eine Mixtur aus Postliberalismus in der Wirtschaftspolitik und Neokonservatismus in der Gesellschaftspolitik. Ökonomisch würde das Bündnis eine Anpassung an das amerikanische Wirtschafts- und Unternehmensmodell bedeuten, die mit der sozialen Ausrichtung der Marktwirtschaft nicht vereinbar ist. Gesellschaftspolitisch würde es das Recht des Stärkeren durch die Zerschlagung wichtiger Staatsaufgaben und die Konservierung eines traditionellen Familien- und Frauenbildes verfolgen. Union und FDP geht es nicht um eine Korrektur einzelner Fehlentwicklungen. Vielmehr sollen Lebensstandard, soziale Wohlfahrt und kulturelle Leistungen künftig an die Privatökonomie des einzelnen Bürgers gekoppelt werden, bei der Union vor allem an die Familie.

Dahinter steht ein unausgesprochener Kulturkampf der Konservativen gegen die Ideen von Emanzipation und Demokratisierung, von Solidarität und Aufklärung, die unter Willy Brandt zu Leitideen unserer politischen Kultur wurden. Das ist vorbei, auch in der öffentlichen Debatte, denn heute wird der erzkonservative Herr Kirchhof als "Radikalreformer" bezeichnet. Sein schlichtes ökonomisches Einheitsdenken soll gegen jede Rationalität und Vernunft "modern" sein.

Die Bundestagswahl polarisiert nicht nur ideologisch, sie verspielt auch die Zukunft unserer Gesellschaft. Zwei Beispiele: Uns droht, wie der steigende Ölpreis zeigt, eine gewaltige Knappheits- und Verteilungskrise bei Energie und Rohstoffen, denn schon bald werden vier bis fünf Milliarden Menschen den Anspruch stellen, so viel Ressourcen zu nutzen wie heute rund 1,3 Milliarden in den Industriestaaten. Der Ausweg heißt Effizienzrevolution und Umstieg in die Solarwirtschaft, von denen Union und FDP nichts wissen wollen. Auch die Wissensgesellschaft, die sich vor uns aufbaut, eröffnet große Chancen für neue Märkte, mehr Beschäftigung und Wohlfahrt. Die knappe Ressource der Zukunft ist nämlich nicht das Finanzkapital, dem sich heute alles zum Vorteil des Kapitalmarkts unterzuordnen hat. In der wissensbasierten Ökonomie rücken menschliche Fähigkeiten ins Zentrum, Mitbestimmung, Qualifikation und Teilhabe werden zu entscheidenden Faktoren. Ihre Förderung steht nicht in den Programmen von CDU und FDP.

Beide Lager, Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, stellen heraus, dass unser Land Reformen braucht. Das beantwortet jedoch nicht die entscheidende Frage, welche Reformen sind für eine gute Zukunft notwendig. Hier schließt sich der Kreis mit den ideologischen Konflikten, denn die aufgezeigten Herausforderungen können nicht mit einer Schwächung des Staates, was Union und FDP wollen, bewältigt werden. Vielmehr würden uns deren Versäumnisse künftig erneut in aller Härte einholen - so wie schon das Reformversagen der Regierung Kohl in den 90er Jahren, das mit der Agenda 2010 mühsam beseitigt wurde. Ein weiterer Reformstau würde unser Land tief nach unten ziehen.

Kurz: Bei der Wahl geht es um Rückfall in die Restauration oder Erneuerung der sozialen Demokratie. Wie in den USA verfolgen auch die deutschen Neocons wie Paul Kirchhof, Roland Koch und Friedrich Merz ein erzkonservatives Weltbild von Familie, Nation und Heimat mit einer fest gefügten Rollenteilung zwischen Frau und Mann. Das Mittel zum Zweck ist die Radikalisierung der Märkte gegen die überbordende Verweltlichung, in der sie die Quelle allen Übels sehen. Diese Ideologie macht Fehlentwicklungen nicht an wirtschaftlicher Macht und sozialen Ungleichheiten fest, sondern - wie sie behaupten - an einem übermächtigen Staat, sinkender Geburtsrate, unzureichender Erziehung und fehlenden Eliten aufgrund der Demokratisierung der Bildungssysteme. Durch die Entfesselung des Marktradikalismus, so die konservative Überzeugung, würde der Leistungswille des Einzelnen in einer Weise gestärkt, dass Deutschland nicht zu einem aussterbenden Land wird und die Nation wie der Einzelne im globalen Konkurrenzkampf überlebensfähig bleibt. Paul Kirchhof: "Wie sieht Familienglück in einer wirklich gelebten, echten Gemeinschaft von Eltern und Kindern aus? Die Mutter macht in ihrer Familie Karriere, die nicht Macht, sondern Freundschaft verheißt, nicht Geld, sondern Glück bringt."

Kirchhof ist nicht Mitglied der Union, aber Angela Merkel unterstützt seine Ziele. Und die CDU bejubelt sie, denn hierin wird der strategische Hebel gesehen, dass die primären konservativen Werte wieder geschätzt werden. In diesem schiefen Denken ist vieles, was dem Kapitalismus negativ anzulasten ist, nur das Ergebnis gewisser Fesseln, die ihm aus sozialen Gründen angelegt wurden. "Es gäbe mehr Wohnungen, wenn ein freier Markt bestünde. Es gäbe mehr Studienplätze, wenn kein staatliches Universitätsmonopol existierte. Es gäbe kaum Arbeitslose, wenn der Arbeitsmarkt nicht schon seit langem abgeschafft wäre", so Günter Rohrmoser, einer der Vordenker des bundesdeutschen Konservatismus.

Während die konservative Kritik am Massencharakter der Kultur früher an der industriellen Zivilisation festgemacht wurde,

geht der Neokonservatismus von einer Versöhnung des deregulierten Kapitalismus mit konservativen Werten aus. Er sieht hierin eine erfolgreiche Methode zur Rücknahme sozialer und solidarischer Bindungen. Dieser "Versöhnungsgedanke" vollzieht eine Annäherung der historisch oft verfeindeten Positionen von Konservatismus und Liberalismus. Beiden ist gemein, dass sie auf das Recht der Stärkeren und die Zerschlagung wichtiger Staatsaufgaben setzen, die Liberalen aus einer verquerten ökonomischen Logik heraus, die Konservativen in der Verfolgung vormoderner, realitätsferner Weltbilder. CDU und FDP sind auf dem Weg in eine andere Republik. Vertreter der katholischen Soziallehre wie Norbert Blüm und Heiner Geißler wurden an den Rand der Union gedrückt.

Die Geschichte ist aber nicht zu Ende, es gibt Alternativen zum Individualkapitalismus. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass auch in der Globalisierung höchst unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassungen möglich sind: einerseits marktradikale Systeme mit schwach ausgebildeten Sozialleistungen wie in Amerika, andererseits solidarische Ordnungen wie in Skandinavien, in denen der Sozialstaat nicht zur Disposition gestellt wurde. Dort stehen die Länder auch deshalb besser da, weil sie verstärkt in Bildung, Forschung und Wissenschaft investiert haben. Durch mutige Schritte in die Wissensökonomie und Ressourcenwirtschaft können wir neue Stärke gewinnen und die Desintegrations- und Auflösungsprozesse stoppen. Das eröffnet jenseits der kapitalistischen Modernisierung neue Zukunftsperspektiven für die soziale Demokratie.

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2005

Dokument erstellt am 02.09.2005 um 16:17:06 Uhr

Erscheinungsdatum 03.09.2005